

Pressemitteilung Nr. 20 vom 11. Juli 2018

GEW Bayern: Deutschklassen à la Söder der falsche Weg!

Bis Anfang Juli konnten sich Gewerkschaften und Verbände zum Konzept für die neuen Deutschklassen äußern. Dennoch haben alle Grund- und Mittelschulen bereits Informationen bzw. Anweisungen zur Einrichtung der Deutschklassen erhalten. Dieses Vorgehen ist irritierend und zeugt nicht von dem Willen einer guten Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften. Im Bildungsausschuss des Bayerischen Landtags steht das Vorhaben nun am morgigen Donnerstag auf der Tagesordnung. Die Bildungsgewerkschaft lehnt die geplanten Änderungen ab.

„Da durchdachte Konzepte, die auf wissenschaftlichen Untersuchungen basieren, nicht herangezogen werden, lehnt die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Bayern die Einführung der einjährigen Deutschklassen ab“, so Christiane Wagner, Mitglied im GEW Landesvorstand und ergänzt: „Allein der Glaube sollte nicht genügen, um Schulordnungen zu verändern.“

Für die Bildungsgewerkschaft ist unklar was mit Schüler*innen, die nach einem Jahr noch nicht dem Unterricht der Regelklasse folgen können, geschehen soll. Denn ein zweites Lernjahr ist laut den Informationen an die Schulen nicht mehr vorgesehen. Auch der Übertritt in den Regelunterricht und Konzepte zur Alphabetisierung fehlen.

Generell begrüßt die GEW zwar die verpflichtende Einführung eines Ganztagskonzepts für alle Schüler*innen. In diesem Fall liegt allerdings eine Diskriminierung auf Grund der Sprache vor, da lediglich eine Elterngruppe nicht entscheiden kann, welche Schulform ihr Kind besucht.

Zur Diskriminierung sagt die Sprecherin der GEW Landesfachgruppe Grund- und Mittelschulen, Ruth Brenner: „Kinder und Jugendliche müssen motiviert werden Deutsch zu sprechen. Dazu müssen entsprechende Möglichkeiten geschaffen werden, wie beispielsweise der aktive Besuch von Vereinen. Die Aufteilung in Klassen ohne Kontakte zu besser Deutsch Sprechenden ist der falsche Weg.“

Zusätzlich wird aus der Stundentafel ersichtlich, dass die Stunden für „Sprach- und Lernpraxis“ von externen Kooperationspartner*innen übernommen werden sollen. Eine solche Maßnahme bedeutet einen erheblichen Arbeitsaufwand für die Schulleitungen und Lehrkräfte. Die GEW sieht das Einbeziehen von „Kooperationspartnern oder anderen Dritten“ als einen weiteren Schritt zur Privatisierung von Bildung und lehnt diesen ab. Es darf keine Billiglösungen auf Kosten der Qualität von Schule und zu Lasten der Schüler*innen geben.

Für die GEW steht fest: Die Diskriminierung von Kindern und Jugendlichen mit nicht-deutschen Erstsprachen stehen im deutlichen Widerspruch zu Artikel 26 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Anstatt Wahlkampf auf dem Rücken von Schüler*innen zu führen, sollte die Staatsregierung die wirklichen Probleme in die Hand nehmen und den gravierenden Lehrkräftemangel in den Grund-, Mittel- und Förderschulen angehen.

Rückfragen gerne an:

Ruth Brenner, Tel. 0172 / 9600306, Mail: ruthbrennerpr@gmx.de oder

Christiane Wagner, Tel. 0176 / 22897769, Mail: christiane.wagner@gew-bayern.de

V.i.S.d.P: Anton Salzbrunn, Vorsitzender, GEW Bayern, Schwanthaler Str. 64, 80336 München